

IRAN

„Viele Opfer schweigen aus Scham“



HENGHAMEH FAHIMI / AFP

Der Teheraner Publizist und Mitbegründer des „Vereins zur Verteidigung der Rechte der Gefangenen“, Emaduddin Baghi, 47, über die Folter von Häftlingen und die Schauprozesse gegen Reform-Anhänger

SPIEGEL: Oppositionsführer Mahdi Karubi hat der iranischen Führung vorgeworfen, Anhänger und Aktivisten der Reformbewegung in der Haft foltern zu lassen. Kennen Sie Details?

Baghi: Herr Karrubi und ich beziehen unsere Informationen von Häftlingen oder Angehörigen von Gefangenen. Ich persönlich kenne zum Beispiel einen Dozenten an der Universität, dessen Sohn sich zusammen mit vielen anderen Verhafteten ausziehen und in die Hocke gehen musste. Nach einer Viertelstunde durften sie kurz aufstehen, dann ging es wieder in die Hocke. Und das über einige Zeit. Karrubi, den ich lange und gut kenne, berichtet auch von Vergewaltigungen junger Frauen und Männer. Dabei sind die Täter so brutal vorgegangen, dass die Verletzungen der Opfer von Ärzten behandelt werden mussten.

SPIEGEL: Ist es in allen Gefängnissen zu solchen Misshandlungen gekommen?

Baghi: Mir sind diese Behandlungsmethoden von Häftlingen nur aus dem Sondergefängnis Kahrisak im Süden Teherans bekannt, das nun auf Anweisung des Revolutionsführers Ajatollah Cha-

menei geschlossen wurde. Noch aber ist das gesamte Ausmaß dieser schlimmen Menschenrechtsverletzungen nicht abzusehen. Viele Opfer schweigen aus Scham. Ein Mitglied des neugegründeten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat bestätigt, dass auch ihm solche Berichte vorliegen. Aus meiner eigenen Erfahrung als politischer Gefangener weiß ich, dass diese brutale Behandlung von Häftlingen nicht die Ausnahme ist.

SPIEGEL: Was wissen Sie über den Aufenthaltsort und den Zustand des Regimekritikers Issa Saharchis, der wenige Tage nach einem Telefon-Interview mit dem SPIEGEL (28/2009) in seinem Versteck verhaftet wurde?

Baghi: Saharchis hatte Gelegenheit zu einem Telefongespräch, in dem er be-

richtete, dass ihm Rippen gebrochen worden sind. Weder seine Familie noch sein Anwalt hatten Gelegenheit, ihn zu sehen. Auch wann ihm der Prozess gemacht werden soll, ist unklar.

SPIEGEL: Haben Sie Kontakte zu Angeklagten, unter ihnen auch die Französin Clotilde Reiss, die sich in Teheran unter anderem wegen angeblicher Verschwörung zum Umsturz des islamischen Systems verantworten müssen?

Baghi: Bei solchen Schauprozessen haben oft nicht einmal die Anwälte Kontakt zu den Angeklagten. Die Dauer der Verfahren, das Strafmaß, alles ist von den politischen Zielen der Machthaber abhängig. Vielleicht wollen sie jetzt die Bevölkerung mit harten Strafen abschrecken, die dann in der Revision womöglich milder ausfallen. Ausländer werden dagegen sanfter behandelt, aber die stellen auch keine Gefahr für das Regime dar, weil sie nach der Freilassung in ihre Heimat zurückkehren.



Reiss vor Gericht

PARIS NEWS / REUTERS

SRI LANKA

Drama in den Lagern

Erstmals nach elf Jahren Bürgerkrieg wurde im befreiten Norden des Landes gewählt, nicht immer mit großer Begeisterung über die wiedergewonnene Demokratie. In der Bezirksmetropole Jaffna ging nicht einmal jeder fünfte Bürger



Tamilische Flüchtlinge

zur Urne; dort siegte die Regierungspartei UPFA deutlich. Im drittgrößten Ort des Nordens, in Vavuniya, wo die Beteiligung 52 Prozent betrug, gewann dagegen die rebellennahe Tamilen-Partei TNA. In Colombo spricht man von einer „extrem fairen“ Abstimmung. Ein tamilischer Abgeordneter zitierte allerdings Polizeiquellen, wonach UPFA-Wähler statt ihres Ausweises zum Teil Armeepässe vorgezeigt hätten.

Überschattet wird die Wahl von den dramatischen Zuständen in den Flüchtlingslagern, in denen immer noch bis zu 280 000 Menschen festgehalten werden. Viele leiden an Unterernährung und Durchfall, auch häufen sich Fälle von Hirnentzündung, Typhus, Gelbsucht und Tuberkulose. Das Rote Kreuz ist in den Lagern unerwünscht, Journalisten sind es ohnehin, sie durften auch die Wahl nicht beobachten. Dass eine Heimkehr der Flüchtlinge wegen der von den besiegten Tamilen-Tigern verlegten Landminen unmöglich sei, halten Experten für eine Ausrede: In höchstens drei Prozent der ehemaligen Kampfgebiete bestehe ein erhöhtes Risiko. Die Regierung wolle wohl vielmehr zunächst genügend Armeestützpunkte errichten, um ihre Hoheit zu sichern. Das würde auch erklären, warum sie ihre Truppen um 150 000 Mann aufstocken will.